

2017

Neu beginnen. Das Unmögliche versuchen.



Aufruf:

Mit der Demokratie neu beginnen.

Gegen die Politik der Angst, für eine Politik der Hoffnung ... S. 2

Thesen:

Das Unmögliche versuchen.

Zu r2g und einer neuen linken Mehrheit

... S. 12

Mit der Demokratie neu beginnen.

Gegen die Politik der Angst, für eine Politik der Hoffnung

Von den jüngsten Wahlen – und überhaupt von den Geschehnissen der letzten Monate bleibt auch bei uns zunächst der Schrecken. Doch: Was als Durchmarsch der Rechten, der Entrechtung und der Gewalt erscheint, verweist genau besehen eher auf eine Polarisierung, damit aber auf die Chance einer Politisierung (nicht nur) der europäischen Gesellschaften. Am greifbarsten scheint das wie so oft anderswo der Fall zu sein, im Süden Europas, weit weg in den USA, sogar in Großbritannien. Doch könnte das Pendel auch in Deutschland nach links schlagen – wir glauben: deutlicher und schneller, als viele das für möglich halten.

*Der Vorschlag, den wir hier im Folgenden skizzieren, gilt zunächst der Zeit bis zu den nächsten Bundestagswahlen, der Zeit bis zum Herbst 2017. Wir schlagen vor, im Wahlkampf mit einem Prozess der Politisierung zu beginnen, in dem es nicht zuerst um Parteien und ihre Kandidat*innen, nicht um das Sammeln von Stimmen für andere, sondern um das gemeinsame Programm und, mehr noch, um das gemeinsame Projekt eines linken gesellschaftlichen Aufbruchs, eines linken gesellschaftlichen Pols geht. Wir schlagen vor, aus der Gesellschaft heraus, in dieser Gesellschaft und für diese Gesellschaft solidarisch um dieses Programm und Projekt zu ringen. Und: Wir schlagen vor, damit in lokalen politischen Foren zu beginnen, von unten nach oben und quer zu den politischen Bindungen, in denen wir stehen und in denen die meisten von uns auch weiterhin politisch aktiv sein werden. Die Orientierung auf den Herbst 2017 ist dabei nur eine erste Frist, weil es nicht nur um die Herausbildung, sondern auch um die Durchsetzung eines gemeinsamen linken Projekts geht: um die wirkliche Umwälzung dieser Gesellschaft in ihrer sozialökologischen Transformation. Deshalb ist die gemeinsame Arbeit, zu der wir einladen, eine Arbeit der nächsten zehn Jahre.*

Die Welt ändert sich. Sie verändert sich radikal und in ungeahntem Tempo. Wie so oft geht das Neue mit dem Schrecken einher. So wurde im Durchschnitt an jedem dritten Tag des vergangenen Jahres ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete verübt: versuchter Mord in ungezählten Fällen. Während Wahl um Wahl Rechtsradikale in die Parlamente einziehen, weiß die politische Mitte nichts Besseres zu tun, als sich der Drift nach rechts anzuschließen: bis hin zum offenen Bruch des Völkerrechts im infamen Pakt mit dem türkischen Regime.

Dieser Wandel macht zunächst eines deutlich: dass die beliebte Rede falsch war, das Zeitalter der Ideologien sei beendet und moderne Politik sei weder rechts noch links, sondern „sachlich“ und „problemangemessen“. Mehr noch: Diese Rede war und ist selbst ideologisch. Sie war und ist die Rede jener, die den Veränderungen dieser Welt mit einer Politik begegnen wollen, die möglichst wenig ändert – und die sich dabei auch noch gut fühlen und auf der richtigen Seite wähnen wollen, jenseits der „alten“, „gescheiterten“, angeblich „verhängnisvollen“ Rhetoriken und Praktiken der „Weltverbesserung“ oder gar des „Klassenkampfes“. Auch wenn wir diese Botschaft so oft gehört haben: Sie ist falsch und führt in die Irre. Die erste Lektion des Wandels, mit dem wir konfrontiert sind, lautet schlicht: Rechts und Links sind die beiden Pole des Politischen und können als solche nicht verwechselt werden. Die Mitte, wenn es sie überhaupt gibt, wird letzten Endes dem einen oder dem anderen Pol zugehören. Das heißt allerdings nicht, dass uns egal sein könnte, was sich dort tut – im Gegenteil.

Rechts und Links

Die Welt der Rechten schürt Ängste, sät Hass, predigt Gewalt, setzt auf Ungleichheit, schottet sich ab und grenzt andere aus. In der Welt der Rechten fällt den Menschen, der Politik und ihren „Staatsmännern“ nichts Besseres ein, als den von den reichen Ländern mitverursachten Wanderungsbewegungen aus den ärmeren Weltregionen mit der Diagnose „exzessiver Migration“ (David Cameron), der Forderung nach willkürlich gesetzten „Obergrenzen“ (Horst Seehofer) und dem repressiven Schutz der „kulturellen Identität“ Europas (Viktor Orbán) zu begegnen. In der Welt der Rechten sollen die Reichen reich bleiben und die Armen arm, die „Gebildeten“ privilegiert und die „Ungebildeten“ wo sie sind – auf dass die Sozialordnung gewahrt bleibe und der Markt seinem Wirken nachgehen könne. Von dem sollen dann „alle“ profitieren – wenn alles gut geht, also die Armen nicht allzu reich und die „Ungebildeten“ nicht allzu aufmüpfig werden. In der Welt der Rechten sind bestehende ökonomische Ungleichheiten „leistungsgerecht“, Geschlechtergerechtigkeit „widernatürlich“, ökologische Risikodiagnosen „übertrieben“ und Emanzipationsansprüche bestenfalls „unangemessen“, eigentlich aber „anmaßend“. Darin treffen sich alle: Rechtspopulist*innen und Neoliberale, AfD und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die Höckes und die Henkels.

Die Welt der Linken setzt dem autoritären Wohlstands-, Sicherheits- und Freiheitsdiskurs der Rechten ganz andere, diametral entgegengesetzte Vorstellungen einer guten Gesellschaft entgegen – und ganz andere, völlig konträre Praktiken gesellschaftlichen Handelns. Im Wissen um die Mitverantwortung Europas und des globalen Nordens an den Nöten des globalen Südens steht internationale Solidarität in der Welt der Linken ganz oben auf der politischen und sozialen Agenda. In der

Welt der Linken wird gegen die herrschende Politik der Verängstigung für eine Politik der Hoffnung gestritten. In der Welt der Linken wird die Lebbarkeit von Vielstimmigkeit und Verschiedenheit durch eine soziale Infrastruktur ermöglicht, die allen gleichermaßen den Zugang zu den gesellschaftlich notwendigen und wertgeschätzten Gütern erlaubt. Und in ihrer Welt ist die Vermeidung der ökologischen Katastrophe keine Frage von Preisen und „Heimatschutz“, sondern Menschenrecht und Menschheitspflicht.

Jetzt, wir

Linke gegen Rechte, die gute Welt gegen die schlechte: ist das nicht alles ein bisschen einfach? Die Antwort lautet: ja und nein. Ja, selbstverständlich ist die soziale Welt, zumal im globalen Maßstab, unendlich komplizierter. Aber am Ende des Tages, in der alltäglichen Auseinandersetzung um die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der konkreten Formen unseres Zusammenlebens, geht es doch um klar unterschiedene gesellschaftspolitische Gegenentwürfe. Die Rechte hat keine Probleme mit Praktiken „schrecklicher Vereinfachung“ – im Gegenteil, sie lebt davon. Die Linke muss der schrecklichen eine glückliche Vereinfachung entgegensetzen, eine Vereinfachung, die den Kern des gesellschaftlichen Geschehens trifft: gegen den Sozialchauvinismus der Rechten die linke Idee und Praxis einer offenen, egalitären und emanzipatorischen Gesellschaft in Anschlag bringen. Dazwischen liegt die scheinbar nur „pragmatische“ Verwaltung des Bestehenden, das „Krisenmanagement“, das weiterhin versuchen wird, sich als „vernünftige“, weil „pragmatische“ Instanz des vermeintlichen „Ausgleichs der Extreme“ in Szene zu setzen.

Wohlweislich: Rechte gibt es überall – in Politik und Wissenschaft, Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen. Rechte gibt es auch in der Sozialdemokratie, bei den Grünen und in der Linkspartei. Rechte gibt es unter deutschen Staatsangehörigen wie unter Zugewanderten und Geflüchteten, unter Männern, Frauen und allen anderen Geschlechtern. Wen dies überrascht, der sollte genauer hinschauen, und wer dies bei bestimmten Gruppen besonders „empört“ zur Kenntnis nimmt, verfolgt in der Regel rechte Absichten.

Linke wiederum gibt es nicht nur in der Linken, nicht nur in den Zusammenschlüssen und Organisationen, die sich ausdrücklich so nennen. Menschen, die links, doch nicht notwendig „Linke“ sind, gibt es im breiten Feld der politischen Unentschiedenheit, dem ersten und vielleicht sogar wichtigsten Feld, das es gegen die Politik der Angst auf die Seite einer Politik der Hoffnung zu ziehen gilt.

Deshalb ist die Welt der Linken potenziell attraktiv für viele, die sich selbst – dem herrschenden Diskurs folgend – „weder rechts noch links“ wännen, die „unpolitisch“ zu sein behaupten. Dabei ist die Behauptung, „unpolitisch“ zu sein, selbst ein politisches Statement, eine politische Haltung, ja eine politische Handlung. Das Politische im Unpolitischen zu entdecken, es für die Welt der Linken zu gewinnen: das ist die vielleicht größte Aufgabe, vor der wir heute stehen. Sie endlich anzugehen schließt ein gründliches Anderswerden auch der Welt der Linken ein: ihre Verwandlung zu einer Welt, in der viele Welten Platz haben. Die organisierte Arbeit am gemeinsamen Programm und Projekt dieser Welt, zu der wir einladen und die vielerorts bereits im Gange ist, wird dazu ein entscheidender Schritt sein. Ist sie gegenwärtig noch die Sache nur von einigen, die Sache einer Min-

derheit, kann sie schneller als gedacht – und warum eigentlich nicht? – zur Sache einer Mehrheit werden: der Mehrheit, auf die es ankommt.

Natürlich bildet sich unser gemeinsames Projekt zuerst in den laufenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in den konkreten Widerständen, im täglichen Aktivismus wie in der professionellen Arbeit in den unterschiedlichsten Problemfeldern. Es bildet sich auch und gerade in den nächsten und fernerer sozialen Beziehungen des Alltagslebens heraus, auch in der Vielstimmigkeit kultureller und künstlerischer Schöpfung – überall dort, wo Menschen für sich und für alle nach einem „guten Leben“ suchen. Doch ist die Herausbildung von Programm und Projekt zuletzt immer auch eine gemeinsam und eigens anzugehende Sache – die Sache, zu der wir Euch hier einladen.

- ➔ Viele von uns gehören zu den Millionen von Menschen, die sich über Wochen und Monate hinweg praktisch dafür eingesetzt haben und noch immer dafür einsetzen, den Geflüchteten aus aller Welt hier einen Ort der Ankunft und des Willkommens zu bereiten.
- ➔ Ebenfalls über Wochen und Monate hinweg haben sich viele von uns den Aufmärschen der „Patriot*innen“ in den Weg gestellt, die ihr „Abendland“ vor der Welt abzuschotten suchen. Von Anfang an sind wir dabei auch dem rechten Mob begegnet – und der Mordlust, die ihn treibt.
- ➔ Einige von uns haben zum ersten Mal in dieser Form öffentlich Partei ergriffen, andere machen das nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren.
- ➔ Vielen von uns fuhr der Schrecken nicht erst mit den 122 Brandsätzen des Jahres 2015 in die Glieder, sondern schon angesichts der Kälte, mit der im selben Jahr der demokratische Aufbruch in Griechenland blockiert wurde: Der Hass auf die Geflüchteten aus Syrien, aus dem Irak, aus Mali oder aus Bangladesch schließt bruchlos an die eisige Verachtung an, mit der nicht nur die Griech*innen, sondern der ganze Süden Europas und letztlich wir alle unter die Knechtschaft einer nie abzuzahlenden Schuld und eines nicht enden wollenden Elends gezwungen wurden.
- ➔ Für viele von uns war und ist die Solidarität mit dem griechischen Aufbruch nur die Fortsetzung eines langen Engagements gegen bald vier Jahrzehnte der neoliberalen Globalisierung und der neoliberalen Politik: gegen die Aushöhlung des Politischen, gegen die bis auf den Grund voran getriebene Plünderung der öffentlichen Güter, gegen den nicht minder gründlichen Raub der sozialen und der Arbeitsrechte, gegen die Auslieferung letztlich unserer ganzen Lebenszeit und Lebenswelt an den unstillbaren Verwertungshunger eines von jeder Hemmung befreiten Kapitals.
- ➔ Zu uns gehören all jene, die die Geringschätzung nicht vergessen werden, mit der die Politik den Einspruch erst der 250.000 und wenige Monate später der 90.000 Menschen blank ignoriert hat, die sich erst in Berlin und dann in Hannover, aber auch an ungezählten anderen Orten gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA versammelt haben. Zu uns gehören deshalb all jene, für die eine linke Antwort auf die soziale Frage keine Angelegenheit allein der unmittelbar Betroffenen, keine Fragen nur der Armen, der Abgehängten oder Aus-

gegrenzten, sondern von uns allen ist – als Antwort auf die Frage, in welcher Welt wir leben wollen und was das Gemeinwohl, was der *volonté générale* (Rousseau), der allgemeine Wille demokratischer Politik ist und sein soll.

- ➔ Wir, das sind alle, für die Gerechtigkeitsfragen als allgemeine Fragen einer letztlich globalen Gerechtigkeit immer auch ökologische Fragen, damit aber stets Fragen breiter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und starker sozialer Bewegungen wie der eigenen individuellen Lebensweise in ihrem Verhältnis zuletzt zu allen anderen und zur Natur sind, also Fragen zugleich der Gerechtigkeit und der Freiheit.
- ➔ Darin ähneln sie den Fragen der Gerechtigkeit und Freiheit im Verhältnis der Geschlechter und Generationen, aber auch im Verhältnis eines und einer jeden zur Religion oder, anders betont, zur Moderne. Dass sich diese Fragen seit längerem schon, jetzt aber in aller Offenheit als solche einer Einwanderungsgesellschaft stellen, macht sie zu Fragen, auf die es keine einfachen Antworten geben kann. Zu uns gehören alle, die den unvermeidlichen und absehbar nicht abzuschließenden Streit um diese Antworten als eine Auseinandersetzung führen, die nur auf der Grundlage gleicher Rechte, d.h. in der Anerkennung der Freiheit eines und einer jeden gelingen kann. Wenn es dabei um „Integration“ gehen soll, dann um die Integration aller in das „Weltweitwerden der Welt“ (Derrida).
- ➔ Zu uns gehören deshalb und schließlich alle, die wissen, dass der Krieg gegen den Terror den Terror nicht besiegen kann, weil auch dazu eine andere Welt gebraucht wird: eine Welt, in der Menschenwürde und universelle Menschenrechte nicht verhandelbar, sondern bedingungslos allen zugesprochen sind, ausnahmslos, jederzeit, überall.

Gerade deshalb aber haben wir in den Wahlen der jüngsten Zeit – sieht man von Thüringen ab – keinen Ausdruck, keine Vertretung mehr gefunden, obwohl viele von uns gewählt haben. Um an dieser Stelle direkt von uns selbst, vom *Institut Solidarische Moderne* (ISM) zu sprechen: Viele von uns, vielleicht die meisten, haben ihre Stimmen den Parteien der linken Mitte bzw. der Linken gegeben, nicht immer aus Gründen der Zustimmung oder Zugehörigkeit, oft aus Gründen der strategischen Abwägung. Wir haben aber nie geglaubt, dass das Crossover oder das Mosaik des sozialökologisch-demokratischen Gesellschaftsumbaus, um das es uns ging und weiter geht, in einer Koalition der rot-grün-roten Parteien seine maßgebliche Instanz oder seinen alleinigen Rahmen finden könnte. Doch gerade diesem Überschuss, diesem „Mehr“ über das bloß Parteipolitische hinaus haben wir nicht die Artikulation verliehen, die nötig gewesen wäre: die heute noch nötiger ist als vorher. Einen Neubeginn zu wagen, schließt deshalb ein, auch mit der Mosaik- oder Crossover-Linken neu zu beginnen: sie endlich zur gesellschaftsverändernden Linken eines gemeinsamen Programms und Projekts zu machen.

Dass dies immer noch, dass dies gerade heute möglich ist, liegt daran, dass wir alle zusammen – „tous ensemble!“, „all together!“ – ein Drittel – vielleicht mehr, vielleicht weniger – der Bürger*innen dieses Landes sind und zugleich zur linken Hälfte der Bürger*innen Europas gehören. Uns eint die Suche nach einer Politik, die zwischen der Welt der Rechten und einer möglichen Welt der Linken den Unterschied ums Ganze machen wird: der Unterschied zwischen einer Welt des Hasses, der

Verachtung und der Geringschätzung und einer Welt der Freiheit, der Gleichheit in der Freiheit und einer Geschwisterlichkeit, deren Probe die Gastfreundschaft und das Willkommen sind.

Was also tun?

Nach Lage der Dinge und unter dem Eindruck des Schreckens, der uns in die Glieder gefahren ist, sprechen wir zunächst einmal nur von der Zeit, die uns von jetzt an bis zur nächsten Bundestagswahl bleibt – von heute bis zum Herbst 2017. Wir schlagen vor, ohne weiteren Aufschub mit dem solidarischen Streit um unser Gemeinsames zu beginnen: dem gemeinsamen Programm und Projekt der Bewegung des Willkommens, der Widerstände gegen den Rassismus, gegen Pegida und AfD, der Massenprotesten gegen die neoliberale Prekarisierung des Lebens. Dieses Projekt und Programm wird auch die Artikulation des Gemeinsamen sein, für das sich Hunderttausende seit langem schon in ihrem Beruf und im Ganzen ihres Alltags, aber auch in Gewerkschaften, in Sozial- und Umweltverbänden und natürlich auch in Parteien einsetzen. Der Sinn dieses Politisierungsprozesses ist dabei zunächst ein gesellschaftlicher. Parteipolitisch, parlamentarisch wird er nur insoweit sein, als es dabei immer auch darum gehen wird, den Parteien (nicht allen, aber einigen) eine Wahl einzuräumen: die Wahl, sich der Notwendigkeit einer sozialökologischen Transformation dieses Landes zu stellen und sich dadurch die Möglichkeit zu öffnen, Teil eines Neubeginns der Demokratie zu werden. Wir sagen das ohne jede Häme: Uns geht es um eine gesellschaftliche Alternative, an der auch die politischen Parteien nicht vorbei kommen, weil die Herausbildung dieser Alternative dieses Land und Europa nach links rücken wird.

Global denken, lokal handeln

In der europäischen Perspektive hat die Initiative *Democracy in Europe Movement 2025 (DiEM 25)* auf dem vor uns liegenden Weg nicht nur einen ersten Plan, sondern einen in zehn Jahresfristen gestaffelten Horizont umrissen. Wir schließen uns ausdrücklich der Idee und der Herausforderung an, aus eigener Kraft die Voraussetzungen zu schaffen, damit im Jahr 2025 die verfassungsgebende Versammlung eines anderen, eines demokratischen Europa zusammentreten kann: der demokratische Neubeginn, zu dessen Bildung wir beitragen wollen, kann letzten Endes nur ein europäischer Neubeginn sein. Eine erste Resonanz der von DiEM 25 ergriffenen Initiative vernehmen wir in dem von Hunderten von Wissenschaftler*innen, Gewerkschaftler*innen, Politiker*innen und Mitstreiter*innen von Verbänden und Bewegungen initiierten *Appell Europa neu begründen*. Unser Vorschlag ist, den damit aufgespannten Horizont der nächsten zehn Jahre jetzt endlich auch *vor Ort* und *von unten* zu erschließen. Das wird eine ganz eigensinnige Arbeit sein müssen, die ihre eigenen Orte und Gelegenheiten braucht. Mit ihr kann in *politischen Foren* begonnen werden, die an vielen Orten längst bestehen, an anderen Orten neu zu gründen sind.

- ➔ Wir sprechen von Foren, um ausdrücklich an die *Sozialforen* zu erinnern, in denen die globalisierungskritische Bewegung ihren lokalen Ausgang nahm und zugleich ihre übergreifende Vernetzung fand.

- ➔ Wir sprechen von *politischen* Foren, weil es heute – anders als zur Zeit der Sozialforen – um einen weiter gespannten Anspruch geht: nicht mehr nur um die Einsicht in die Möglichkeit, sondern um die letztendliche Durchsetzung einer anderen Welt. Deshalb wird es in den Debatten dieser Foren – *und ihre Aufgabe wird primär die der Anstiftung von Debatten und der Eröffnung eines Diskurses sein* – nicht mehr nur um einen freien Austausch gehen, sondern um das Ausarbeiten und Festhalten von Resultaten: um das Projekt der sozialökologischen Transformation dieser Gesellschaft.
- ➔ Wir hätten statt von politischen Foren auch von *Runden Tischen* sprechen können und damit an die Ratschläge erinnert, in denen die Bürgerrechtler*innen nicht nur der früheren DDR an ihrem gemeinsamen Programm und Projekt gearbeitet und damit ebenfalls eine gesellschaftliche Umwälzung auf den Weg gebracht haben.
- ➔ Aus demselben Grund aber sprechen wir ausdrücklich nicht von der Gründung politischer Vereine, nicht von der Gründung einer zusätzlichen politischen Organisation, nicht von Satzungen, Dauermitgliedschaften, Vorständen – nicht von Repräsentant*innen und Repräsentationen. Wir brauchen Verbindlichkeit, Verlässlichkeit, auch Entschlossenheit: aber keine Vereinsmeierei, weder vor Ort, noch im Ganzen. Wir setzen auf einen gemeinsamen Bildungsprozess im weitesten Sinn des Wortes, nicht auf Bürokratie.
- ➔ Deshalb schließt die Beteiligung an diesen politischen Foren nicht die Aufkündigung anderer politischer Verpflichtungen ein. Im Gegenteil: Gerade weil sie auf den demokratischen Neubeginn der Gesellschaft setzen, treten sie nicht an die Stelle der Parteien, der Gewerkschaften, der Bewegungen, der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und der lokalen sozialen Initiativen. Stattdessen werden die Foren in ihnen und zwischen ihnen Orte ihres Gemeinsamen einräumen: Orte zuerst des demokratischen Ratschlags und dann der solidarischen Einigung auf ein gemeinsames Programm und Projekt. Vor Ort kann die Arbeit der Einigung ihren Anfang überall nehmen: in bestehenden lokalen Netzwerken der Linken, in einer Willkommens-Initiative, einem „Stadt-für-alle“- oder einem Anti-Pegida-Bündnis, einer örtlichen Gruppe von attac oder DiEM 25, einem Kreis von politischen Freund*innen, deren gegenseitiges Vertrauen ineinander sich mehrfach schon bewährt hat. Entscheidend aber wird sein, dass sich überall Einzelne finden, die bereit sind, zu den *Initiator*innen und Moderator*innen* des Prozesses zu werden.

Halten wir an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich fest: *Unser Vorschlag zur Gründung lokaler politischer Foren des demokratischen Neubeginns ist zunächst ein Vorschlag zur Eröffnung von Debatten.* Wir hoffen, dass diese Debatten schon im Herbst 2017 zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte geworden sein werden. Soll das gelingen, müssen sich jetzt all' jene in Bewegung setzen, die das Gemeinsame der vielstimmigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zusammenbringen und zusammenbinden wollen. Sich wieder in Bewegung setzen heißt zunächst, sich dafür auch die Zeit zu nehmen: wir wissen, dass das nicht einfach sein wird. Deshalb kann sich die von uns auf den Weg zu bringende *Debattenbewegung* auch nicht auf die Arbeit ihrer lokalen politischen Foren beschränken. Deshalb wird es in den nächsten Monaten auch *regionale Foren* und schon im nächsten

Jahr eine große bundesweite Versammlung geben müssen. Dabei hoffen wir auf nicht weniger als auf die *bundesweite Gründungsversammlung des demokratischen Neubeginns selbst* – auf das Ereignis seines Aufbruchs.

Damit sind wir beim nächst wichtigsten, in mancher Hinsicht auch heikelsten Punkt. Selbstverständlich wird die sozialökologische Transformation nicht die Sache der lokalen politischen Foren, sondern wie heute schon die Sache des vielstimmigen Crossovers aller gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein. Die gemeinsame Debatte aber wird gebraucht, weil es dabei nicht einfach um die Schaffung eines „breiten Bündnisses“, die Verabredung begrenzter Konsense und Kompromisse, die Verabschiedung von Appellen und Aufrufen geht. Unsere Zeit, das ist unser Punkt, ist nicht mehr nur die Zeit von Bündnissen, sondern die Zeit der Bildung eines gemeinsamen Projekts und – die Zeit seiner Durchsetzung im Horizont der nächsten zehn Jahre.

Weil das so ist, wollen wir zuletzt auch vom Gemeinsamen selbst sprechen: von der sozialökologischen Transformation und dem demokratischen Neubeginn dieser Gesellschaft. *DiEM 25* und den Appell *Europa neu begründen* haben wir hier schon erwähnt, wir hätten auch andere Initiativen nennen können. Unstrittig ist ihnen allen, dass wir in der gegebenen Lage zunächst einmal ein großes humanitäres Sofortprogramm in der EU brauchen: als unumgängliche Voraussetzung, um dem hässlichen Europa der Abschottung ein Europa entgegenzusetzen, das seinen größten Errungenschaften treu bleiben kann – den Menschenrechten und einer auf den Menschenrechten gegründeten Demokratie. Schon ein solches Sofortprogramm wird aber mit dem Regime der Austerität und mit der Auslieferung unserer gemeinsamen Zukunft an eine Wirtschaftsordnung Schluss machen müssen, in der allein der Profit zählt. Dazu gehört, ohne jede Umschweife und in rückhaltloser Offenheit, der Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und CETA und eine breite gesellschaftliche Verständigung über eine demokratische Umkehr des Prozesses der Globalisierung. Soll das gelingen, wird im selben Zug schon eine Vielzahl kleiner, in ihrer Konsequenz aber sehr weitreichender Schritte zu gehen sein. So müssen die Handlungsmöglichkeiten der Bundesländer und Kommunen finanziell, aber auch politisch gestärkt werden, es muss sofort mit dem Ausbau, aber auch mit der Demokratisierung des Bildungs- und Gesundheitswesens begonnen werden, es müssen die Systeme der sozialen Sicherung garantiert, erweitert und demokratisiert, es müssen die sozialen, politischen und kulturellen Rechte aller und einer jeden verteidigt und erweitert werden. Als erste Maßnahme einer Wiederaneignung der Städte muss sofort mit der Schaffung von ausreichendem Wohnraum begonnen werden. Für all' das brauchen wir eine radikale Reform der Steuerpolitik, die Unterbindung der kriminellen Steuerflucht, eine gerechte Besteuerung der Kapitaleinkünfte und der großen Vermögen und deshalb eine breite gesellschaftliche Verständigung über eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft. Wir brauchen also nicht weniger als einen Sozialökologischen Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne:

- ➔ eine politische Umkehr und tiefgreifende Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die sich solidarisch, also sozial und ökonomisch gerecht, nur in ökologisch nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen artikulieren können (ökologische Dimension),

- eine gerechte Umverteilung und allen gleichermaßen garantierte soziale Rechte (soziale Dimension),
- eine Erneuerung der Demokratie als Bedingung dieser beiden zusammenhängenden Umwälzungen und zugleich als eigenständiges emanzipatorisches Ziel (politische Dimension).

Die solidarische Auseinandersetzung um diese und andere Fragen hat schon begonnen. Sie von jetzt an auch als unseren Wahlkampf ernst zu nehmen, heißt deshalb, die Frage der materiellen wie der subjektiven Ressourcen zu stellen. Es ist ja nicht so, dass wir nichts zu tun hätten, dass wir nicht längst schon zu viel zu tun haben und dass uns nicht heute schon die Mittel knapp geworden sind, um zu tun, was wir schon tun. Viele von uns sind jetzt schon an den Grenzen der eigenen Energie und gehen oft auch über diese Grenzen hinaus. Die politischen Foren können, ja müssen deshalb zu den Orten werden, um für sich selbst, von unten und dennoch im gemeinsamen Blick auf den ganzen Prozess Prioritäten zu setzen und zu entscheiden, was zu tun ist und welche materiellen und subjektiven Mittel wozu einzusetzen sind. Um an dieser Stelle mit uns selbst den Anfang zu machen:

- Das ISM wird ein Knoten in der Bewegung des demokratischen Neubeginns sein und dazu auch die eigenen Zugänge zur Öffentlichkeit (Publikationen, Website, soziale Netzwerke) öffnen. Eine besondere Rolle wird dabei dem Medienprojekt *talk im transit* zukommen, das ein Schwerpunkt der Arbeit des ISM sein wird.
- Eine wesentliche Rolle in der Gründung der Foren wird ihren lokalen *Initiator*innen und Moderator*innen* zukommen. Das ISM bitte alle, die an ihrem Ort dafür Verantwortung übernehmen wollen, mit uns Kontakt aufzunehmen. Das gilt auch für schon bestehende lokale, auch übergreifende Initiativen.
- Das ISM ist nach Kräften bereit, die zu schaffende Debatten- und Diskurskultur aktiv zu unterstützen. Da die Arbeit der politischen Foren (und gleichgesinnter Initiativen) zu einem erheblichen Teil eine Sache geeigneter Veranstaltungen vor Ort sein wird, sind wir bereit, unseren Vorschlag auch dort zur Diskussion zu stellen.
- Damit die lokalen politischen Foren tatsächlich zum Crossover und Mosaik der vielstimmigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um eine Welt der Linken wird, ist das ISM bereit, sich in die dazu notwendige Vernetzungsarbeit einzubringen. Das gilt auch für die regionalen Foren und für die Idee, die hundertfachen lokalen Aufbrüche 2017 in einer bundesweiten Gründungsversammlung des demokratischen Neubeginns zusammenzuführen.

talk im transit

Es gibt Alternativen zu langweiligen politischen Talkshows im Fernsehen! talk im transit schafft Gegenöffentlichkeit links vom Mainstream. Professionell, unabhängig, intellektuell, unterhaltsam.

Tränengas, Fußball und Revolte: Wer gewinnt in Frankreich?

[talk im transit #4]



21.06.2016 Frankreichs Regierung hätte zur Fußball EM der Männer gerne die Streiks und Proteste gegen das Arbeitsgesetz befriedet. Doch im Nachbarland macht man sich über die EM und die FIFA lustig. Denn dort geht es inmitten des

Ausnahmestands um elementare Arbeitsrechte. [MEHR>](#)

Lieber Gutmensch als Politikerin? Fehlende und mögliche Antworten auf die AfD

talk im transit #3



10.05.2016 Über fehlende und mögliche linke Antworten auf die AfD diskutieren im Studio R des Gorki Theaters in Berlin Idil Baydar (Kabarettistin), Margarita Tsomou (Journalistin), Klaus Lederer (Spitzenkandidat Partei DIE LINKE

Berlin), Diana Henniges (Moabit hilft) und Katja Maurer (medico international). [MEHR>](#)

[youtube.com/c/talkimtransit](https://www.youtube.com/c/talkimtransit)

Das Unmögliche versuchen

Thesen zu r2g und einer neuen linken Mehrheit

„Doch hier ist zu sagen: nicht das Mögliche ist gestorben, sondern die Lust am Möglichen, nicht die Veränderung ist geschwunden, sondern das Streben nach ihr, nicht das Leben ist aus, sondern der Wunsch es zu ändern, nicht die Geschichte ist tot, sondern der Wunsch, sie zu machen.“

Henri Lefebvre/Catherine Régulier

Das Brexit-Votum und die amerikanischen Präsidentschaftswahlen haben die Krise der klassischen neoliberalen Politik dramatisch beschleunigt. Das Fiasko der Clinton-Kampagne zeigt, dass der Neoliberalismus nur noch nach rechts driften kann und deshalb auch nach rechts driften wird - ihm bleibt nur noch die Flucht nach vorn. Er wird dabei auf die Kombination setzen, die zuerst in Ländern wie Ungarn und Polen, dann in Großbritannien und jetzt in den USA funktioniert hat: die Kombination einer über ihr Scheitern hinweg fortgeführten neoliberalen Politik mit der Freisetzung des sozial-nationalen Ressentiments in der Mitte wie im unteren Feld der Gesellschaft. Damit diese brandgefährliche Mixtur funktioniert, wird sie sich in jeweils landestypischen Variationen repräsentieren.

Eine neoliberale Mitte oder eine neoliberale „Linke“ wird dann keine relevante politische Kraft mehr sein. Die französischen und österreichischen Sozialist_innen sind im Grunde bereits abgewählt und folgen dem Weg der Pasok. Den spanischen Sozialist_innen bleibt nur der Trost, erst am Anfang der Amtszeit zu stehen, die sie sich im Pakt mit Rajoy erschlichen haben. Sollte sich die deutsche Sozialdemokratie noch einmal an Merkel binden und im Huckepack vielleicht sogar eine weitere Amtszeit gewinnen, wird sie 2021 deutlich unter 20% liegen. Sollten die Grünen die SPD als Mehrheitsbeschafferin der CDU/CSU ablösen, werden sie im gleichen Wahlgang um den Wiedereinzug in den Bundestag bangen müssen. Game over.

Eine linke Antwort auf die Globalisierung

Nichts geht mehr? Ganz im Gegenteil. Die allgegenwärtige Polarisierung und Politisierung stellen uns allen vielmehr eine grundlegende Frage: Wie weiter mit und in einer Welt der Globalisierung? Was tun, wenn sie sich im „Jahrhundert der Migration“ nun auch von unten globalisiert – und sich gleichzeitig inmitten unserer Gesellschaften die Vielfalt der Geschlechteridentitäten, der Herkunft, der Lebens- und Lebensweisen weiter multipliziert? Und zugleich: Was tun in einer Situation der tiefen Verunsicherung, der Abschottung und der Ressentiments? Wie verkehren wir die Bedrängnis in eine fortgesetzte Emanzipation unserer Lebenswelten und eine solidarische, demokratische und ökologische Globalisierung des Politischen?

Mit einer Rückkehr zum linken Sozialstaatsnationalismus lassen sich diese Fragen ganz offenkundig nicht beantworten – so wenig allerdings wie mit einer bloßen Politik der Differenz, die den Kern der neoliberalen Prozesse unangetastet lässt. Gesucht wird vielmehr eine linke Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung von oben wie von unten. Eine Antwort, die in kultureller Befreiung und solidarischer Weltoffenheit die Potenziale einer neuen linken Politik der Gleichheit und Freiheit entdeckt.

Deutschland vor der Wahl

Auch wenn der Aufstieg des autoritär-rechtspopulistischen Neoliberalismus vielen Angst macht: Die politische Situation bleibt offen für ihre fortschrittliche Auflösung, für die weitere Entfaltung einer solidarischen Moderne. Soll sich eine solche „Dritte Option“ auf tun – jenseits von Clinton oder Trump, Hofer oder van der Bellen, von Brexit oder „Weiter so“ –, dann muss sie jedoch mehr bieten als eine Neuauflage des nationalen Wohlfahrtsstaates oder eines „linken“ Neoliberalismus.

Wir glauben, dass die Spielkarten der Geschichte in Deutschland, dem Machtzentrum der Europäischen Union, etwas anders gemischt sind, als in Frankreich oder Großbritannien. Hier gibt es seit Jahren eine andere, zwar mehrfach schon beschädigte, wiederholt abgewählte, doch nach wie vor gangbare Option. Sie hängt zum einen an der ganz besonderen Ausdifferenzierung der parteipolitischen Linken. Sie hängt zum anderen an der gesellschaftlichen Unterstützung, die dieser nirgendwo sonst gegebenen Konstellation zukommt. Seit vielen Jahren erringt sie, wenn auch mit Ausschlägen nach unten, rund die Hälfte der bei Bundes- wie Landtagswahlen abgegebenen Stimmen.

Dass nur ein Teil dieser Stimmen auf eine entschieden linke Regierung zielen, ist jeder und jedem klar: das wird auch morgen noch nicht anders sein. Trotzdem birgt diese Konstellation eine Chance, die 2017 endlich ergriffen werden kann: vielleicht zum letzten Mal.

Von der neuen linken Mehrheit zur rot-rot-grünen Koalition?

Müssen wir also schon wieder über Rot-Rot-Grün sprechen? Ja, das sollten wir. Weil r2g von einem bloß wahltaktischen Projekt der drei Parteien zu einem strategischen Projekt des linken Pols der Gesellschaft werden könnte. Weil r2g das Potenzial hat, mehr zu sein als die Summe seiner Teile. Weil in unserer Gesellschaft starke und sogar wachsende gesellschaftliche Bedürfnisse nach mehr demokratischer Teilhabe und individueller Selbstbestimmung wirken, nach guter Arbeit oder einer nachhaltig sinnstiftenden, solidarischen Lebensweise. Diese Bedürfnisse – wir verstehen dieses Wort in seinem stärksten Sinn – kamen und kommen in Bewegungen für fairen Handel, in der Geflüchteten-solidarität, in Initiativen für den Rückkauf ehemals kommunaler Netze, in Mieter_innen-protesten oder im Streik der Erzieher_innen bereits zu ihrem politischen Ausdruck. Zugleich gibt es, was ebenso wichtig ist, Entwürfe einer Politik, die tatsächlich einen Unterschied machen würde. Wir selbst sprechen seit langem schon vom Projekt einer sozialökologischen Transformation, von der Chance einer solidarischen Moderne. Ein von tausenden von Gewerkschaftler_innen unterzeichneter Aufruf „Europa geht anders“ spricht von einer „Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen“. Das *Democracy in Europe Movement 2025* (DiEM 25) arbeitet grenzüberschreitend an der „Progressiven Agenda“ eines verfassungsgebenden Prozesses für eine fortlaufend zu demokratisierende EU.

Lagerwahlkampf!

Weil das so ist, wird auch öffentlich wieder ohne Scheu von der Möglichkeit einer rot-rot-grünen Bundesregierung gesprochen. So trafen sich jüngst knapp 100 Parlamentarier_innen der drei Parteien, um ihr eine neue Plattform zu bieten. Endlich, könnte man meinen. Doch steht das neu aufgelegte Spiel erkennbar unter dem Verdacht, einen „Politikwechsel“ bloß zu fingieren, aus opportunistischem Kalkül oder aus Einfallslosigkeit. Das aber wird, wie die Niederlage Clintons zeigt, nicht mehr reichen. Auf den Punkt gebracht: Eine rot-rot-grüne Bundesregierung, die unterm Strich keinen Unterschied macht, wird dasselbe Schicksal erleiden wie eine zweite schwarz-rote oder eine schwarz-grüne Option: Sie wird die deutsche Variante eines offen autoritären Neoliberalismus nur

um vier kurze und folgenlose Jahre aufgeschoben haben. Soll das anders werden, müsste eine solche Regierung schon im Vorfeld der Wahl nicht nur eine Konstellation unter vielen anderen, sondern das sein, worauf sich die drei Parteien strategisch und programmatisch verständigen. Die Probe dafür wird ein Lagerwahlkampf sein, der rechts und links unüberbrückbar voneinander trennt. So, wie die Dinge liegen, werden wir ihn zu unserer eigenen Sache machen müssen: mit diesen Parteien, doch über das hinaus, was sie von sich aus anzubieten haben.

Treiben wir SPD, Grüne und LINKE deshalb in genau das Entweder-Oder, das sie je auf ihre Weise scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Geben wir ihnen damit eine letzte Chance. Tun wir das in aktiver Weise und aus einer eigenständigen „vierten Position“ heraus. Machen wir ihnen klar, dass wir sie nicht mehr als „kleineres Übel“ gewähren lassen werden. Zeigen wir ihnen, dass ihnen diese Möglichkeit längst von rechts genommen worden ist, nach dem Brexit, nach dem Sieg Trumps, nach dem absehbaren Absturz der österreichischen wie der französischen Sozialist_innen. Sagen wir ihnen unmissverständlich, dass wir ihnen diese Möglichkeit jetzt auch von links her nehmen. Unterstreichen wir das auch dadurch, dass wir uns heute schon auf die Brüche vorbereiten, die wir widrigenfalls ab 2018 vollziehen werden.

Rücken wir den r2g-Parteien also auf den Pelz. Treiben wir sie durch den Lagerwahlkampf in eine rot-rot-grüne Koalition. Machen wir ihnen Mut, indem wir ihnen ausdrücklich sagen, dass wir wissen, dass der Ausstieg aus dem Neoliberalismus nicht allein die Sache einer Regierung, also auch nicht die Sache nur von Parteien sein kann. Helfen wir ihnen also bei einer Politik des Einstiegs in den Ausstieg, der nur in gesellschaftlicher Bewegung gelingen kann. Machen wir uns dabei selbst klar, dass eine solche Bewegung in diesem Land, also im Machtzentrum der EU, ganz Europa zum Resonanzraum eines solchen Ausstiegs machen wird. Machen wir also auch uns selbst Mut zur Umkehr der Perspektive.

Anders Regieren!

Gehen wir die neu aufgelegten r2g-Debatten so an, dann öffnen wir uns selbst die Chance nicht nur der Behauptung, sondern auch der Durchsetzung einer anderen Politik. Einer Politik, in der es um mehr und um anderes gehen wird als um das, was in Hinterzimmergesprächen von Parteivertreter_innen besprochen werden kann. Arbeiten wir von jetzt an an der Chance einer neuen linken Mehrheit, die zuerst eine gesellschaftliche sein wird. Durchbrechen wir damit das läh-

mende Gefühl der politischen Alternativlosigkeit, das auch aus der einseitigen Fixierung auf Oppositions-, Protest- oder Bewegungspolitik resultiert. Eine *Politik der Hoffnung* wird es in absehbarer Zeit nur geben können, wenn sie offensiv mit-regieren will und sich deshalb selbst zu einem gleichermaßen realistischen und utopischen Transformationsprojekt nötigt: einem Projekt, das mehr umfasst als Parteien- und Bewegungspolitik; einem Projekt, das das eines *gesellschaftlichen Lagers* sein wird – und das anders regieren wird als nur über eine Koalitionsregierung. Für diese Möglichkeit spricht, dass wir weder die einzigen noch auch nur die ersten sind, die ihr nachgehen. Je auf ihre Weise haben die Kampagnen von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn und die Bewegungen hinter Podemos und Syriza schon dasselbe getan.

Warum das so ist? Die „Krise der Repräsentation“, die Abwendung vom bloß inszenierten „Partei-engezänk“, von der immer durchsichtigeren Desinformation durch Lobbyist_innen, „Expert_innen“ und einen durchökonomisierten, auf staats- und machtkonforme Hofberichterstattung reduzierten Medienbetrieb sind zur Banalität unserer Epoche geworden. Schlimmer noch: die weit verbreitete, doch viel zu lange bloß beredete Einsicht in die Ausgelaugtheit und Entleerung der politischen Routinen und der „politikverdrossene“ Affekt gegen die „die da oben“ sind längst zum Spielball einer autoritären Rechten geworden, die das sozial-nationale Ressentiment sehr viel besser bedient als jeder „linke“ Versuch, im Trüben mitzufischen. Gleichzeitig aber wird immer deutlicher, dass Entdemokratisierung nicht einfach durch das Sicheinhausen ins ewig-oppositionelle, berufs-protestlerische und deshalb absehbar folgenlose Rechthaben überwunden wird. So unumgänglich, ja so befreiend die aktivistische Selbstermächtigung bleiben wird, so überdeutlich ist zugleich, dass die stetig wachsenden Bedürfnisse nach echter demokratischer Teilhabe auch auf neue und andere Möglichkeiten der politischen Repräsentation angewiesen sind. Öffnen wir sie für selbstbestimmte und weniger hierarchieorientiertere Politikformen und Diskussionen – in den politischen Institutionen, außerhalb ihrer und auch gegen sie. Fangen wir jetzt damit an, im Wahlkampf des ablaufenden und des kommenden Jahres. Hüten wir uns gleichzeitig davor, wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren: Was wir jetzt beginnen, wird 2017 und nach 2017 noch nicht getan sein, im Gegenteil.

Sagen wir es noch einmal: Es geht um sehr viel mehr als nur um einen Aushandlungsprozess zwischen drei Parteien oder ihren parlamentarischen Repräsentationen. Gesellschaftliche Alternativen für einen solidarischen und nachhaltigen Einstieg in den Ausstieg aus mehr als drei Jahrzehnten Neoliberalismus entstehen nicht in Hinterzimmern, nicht in engen Zirkeln und auch nicht am Reiß-

brett. Sie müssen in der Breite der verschiedenen Milieus diskutiert werden, aus denen sie erwachsen. Daher sollten – was eine erste und vielleicht entscheidende Forderung ist – die begrüßenswerten Gespräche zwischen den Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE um zivilgesellschaftliche, gewerkschaftliche und außerparlamentarische Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen erweitert werden. Ein breites progressives Reformbündnis ist schon deshalb wichtig, weil nicht erst eine tatsächliche Linksregierung, sondern schon eine zu sich selbst ermutigte rot-rot-grüne Koalition auf massive neoliberale und konservative Widerstände stoßen wird. Die gescheiterten Eliten werden nicht kampflos aufgeben, so wenig übrigens wie die Kräfte eines autoritär fortgeführten Neoliberalismus. Das sozial-nationale Ressentiment hat auch in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland gemordet, vergessen wir das nicht.

Statt Haltelinien: Einstiege ins Offene

Eine sozialökologische Transformation braucht eine nachhaltige, ressourcenschonende, solidarische und demokratische Wirtschaft, braucht aus Naturbeherrschungs- und Wachstumswahn herauswachsende Arbeits- und Lebensweise und einen vor Ort und im Ganzen transnationalen, europäischen Horizont. In Deutschland setzt das ein Ende des neoliberalen Exportmodells, in Europa ein Ende der Austeritätspolitik und der zuletzt auch selbstzerstörerischen Wettbewerbsorientierung voraus. Dazu braucht es wenigstens fünf systematische Anstrengungen:

1. Solidarität – Für ein Investitionsprogramm in eine sozialökologische Infrastruktur. Wir brauchen ein längerfristig angelegtes, teilweise durch öffentliche Verschuldung vor- und durch verstärkte Steuereinnahmen gegenfinanziertes Investitionsprogramm als Motor des Umbaus und der Stärkung der europäischen Wirtschaft nach dem Desaster der Austerität. Streiten wir deshalb für den Umbau der Wirtschaft, für den systematischen Vorrang der öffentlichen Daseinsvorsorge, gegen das sozial und ökologisch zerstörerische Exportmodell des deutschen wie des Euro-Wirtschaftsnationalismus, gegen eine Produktion um der Produktion willen. Verpflichten wir die Produktion auf das Subsidiaritätsprinzip, auf Gemeinwohl und Gemeingüter, auf das Vollbringen der Energiewende. Steigen wir aus der Idiotie eines Konsumismus aus, in dem wir uns und andere nur noch erniedrigen können. Sorgen wir für die längst überfällige Verrechtlichung der globalen Produktions- und Lieferketten.

2. Gerechtigkeit – Für die Entprekarisierung der Arbeit und die Transnationalisierung des Sozialen.

Setzen wir endlich eine bedingungslose Grundsicherung der materiellen, kulturellen und politischen Teilhabe am Gemeinsamen durch - transnational. Kämpfen wir für eine Arbeitszeitverkürzung auf der Höhe des technologisch Möglichen, für einen tatsächlich existenzsichernden Mindestlohn und eine allgemeine Bürger_innen- und Erwerbstätigenversicherung. Organisieren wir den Ausbau und sorgen wir für die längst unumgängliche Aufwertung der Sorgearbeiten. Verlangen wir kompromisslos die Garantie der Sicherheits- und Gerechtigkeitsleistungen für alle, die hier sind. Stellen wir uns endlich einer ebenso tiefgreifenden wie weit ausgespannten Debatte um ein anderes Verständnis der schöpferischen Tätigkeiten.

3. Freiheit und Sicherheit – Für eine bedingungslose Menschenrechtsbindung aller Politik. Verpflichten wir die Europäische Union auf eine umfassende Wende der Außen- und Sicherheits- zur Friedenspolitik. Demokratisieren wir nicht nur die EU, sondern auch die UN. Gründen wir diese Wende im systematischen Ausbau der sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Grundrechte und setzen wir uns für ihre Globalisierung ein. Konkretisieren wir beides in einer diesen Zielen verpflichteten Neustrukturierung der internationalen Sicherheitssysteme, der Streitkräfte, Polizeien und Geheimdienste. Sorgen wir für die Durchsetzung der Grundrechte einer jeden auch und gerade im Cyberspace.

4. Demokratie – Für ein Europa der Freizügigkeit und der Verpflichtung auf globale Gerechtigkeit.

Verpflichten wir die Demokratie auf die Globalisierung von Recht und Gerechtigkeit auch in ökonomischer und ökologischer Perspektive. Stärken wir dazu zuerst die demokratische Verfassung unserer Kommunen durch die umfassende Erweiterung ihrer politischen Kompetenzen wie ihrer ökonomischen Ressourcen. Unterstützen wir im selben Zug den verfassungsgebenden Prozess für eine andere Europäische Union und ihre transnationale Bürger_innenschaft. Gründen wir diese Bürger_innenschaft auf soziale, ökonomische, kulturelle und politische Verhältnisse, in denen die Inanspruchnahme des Menschenrechts auf Freizügigkeit wirklich zur Sache einer freien Entscheidung werden kann. Verhindern wir die Entstellung des Rechts auf Freizügigkeit zu einer dem ökonomischen Kalkül unterworfenen und deshalb selektiven Einwanderungs- und Abschottungspolitik und beginnen wir eine Debatte um ein Migrationsrecht.

5. Gleichheit– Für eine selbstbestimmte Lebensweise der Verschiedenheit und der globalen Nachhaltigkeit. Die auf den Mai 68 folgenden Jahrzehnte waren nie nur Jahrzehnte der neoliberalen Entsicherung, sondern immer auch der Freisetzung unserer Denk- und Lebensweisen und unserer sozialen Beziehungen aus den Zwängen ihrer Herkunft. Setzen wir diese Bewegung fort, treten wir weiter allen Formen des Sexismus, des Nationalismus und des Rassismus entgegen, eröffnen wir den freien Streit um das Gute Leben. Gründen wir diese Bewegung und diesen Streit auch auf seine materiellen Voraussetzungen: auf eine sozialökologische Infrastruktur, die ausnahmslos allen das Grundrecht auf ökologisch produzierte Nahrungsmittel, auf Wohnen, Gesundheit, freien Verkehr, auf freie Teilhabe an Bildung und Kultur und den Schutz vor jeder Form der Diskriminierung garantiert. Leben wir die Gleichberechtigung in der Freiheit in einer Kultur der demokratischen Dissidenz.

Aus „Vierter Position“ einen „Dritten Pol“ schaffen: Für einen rot-rot-grünen Lagerwahlkampf!

Sagen wir es noch einmal: Wenn wir diese (und andere) Bedingungen einer sozialökologischen Transformation Deutschlands und Europas in die Debatte um eine rot-rot-grüne Regierung hineintragen, formulieren wir keine „roten Haltelinien“ des Protests, sondern spitzen den gerade beginnenden Wahlkampf auf einen Lagerwahlkampf zu. Räumen wir uns im Verhältnis zu den rot-rot-grünen Parteien eine „Vierte Position“ ein: eine Position des Drinnen und Draußen. Fügen wir dem klassisch neoliberalen Pol des „Weitermachens“ und dem autoritär-neoliberalen Pol des sozialnationalen Ressentiments eine „Dritte Option“ des bunten „crossover“ hinzu: die dritte Option eines tatsächlich linken Richtungswechsels. Dabei geht es um mehr und anderes als nur um eine andere Regierung, die als Regierung, das wissen wir doch alle, immer ungenügend sein wird. Der Dritte Pol will, dass in Deutschland und Europa künftig anders regiert wird, auf allen Ebenen des politischen Lebens. Dieses andere Regieren reicht nicht nur über das institutionalisierte Staats- und Verwaltungshandeln und nicht nur über die Manöver und Taktiken von Parteien, sondern auch über die letztlich resignierte Selbstbeschränkung auf Protest und Opposition hinaus. Wer sich und andere auf dieses Wagnis verpflichtet, macht sich und andere von jeder Rettung durch ein „höheres Wesen“ frei – auch von den säkularen Varianten, die dieses Wesen in dem einen oder anderen „Subjekt der Geschichte“ gefunden hat. „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“, heißt es in einem alten Lied.

Für den jetzt beginnenden Wahlkampf heißt das, SPD, Grüne und LINKE auf die Notwendigkeit einer progressiven Regierung zu verpflichten – gleich, ob als Koalitions- oder als tolerierte Minderheitsregierung.

- Für die Sozialdemokratie wird das heißen, ihren im Namen des „Förderns und Forderns“ betriebenen Klassenkampf von oben ebenso einzustellen wie sich aus ihrer bedingungslosen Selbstverpflichtung auf den global operierenden deutschen Exportnationalismus zu lösen. Sie könnte sich dann wieder auf die lange Frist eines „demokratischen Sozialismus“ einlassen, der seinen Namen zu Recht tragen wird.
- Für die Grünen heißt das, die sich jedem möglichen Wahlsieger anbietende Orientierung auf ein nur noch pragmatisches Mitregieren um jeden Preis aufzugeben. Sie würden sich damit die Chance öffnen, sich den eigenen ökologisch-demokratischen, feministischen und gewaltfreien Aufbruch zurückzugewinnen, die aufgeklärte Treue zum Mai 68.
- Für die LINKE heißt das, sich unzweideutig vom sozial-nationalen Ressentiment und zugleich von jeder anderen autoritären Versuchung frei zu machen. Sie gewönne damit ihre älteste Wahrheit zurück, die Einsicht, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität an keiner inneren und äußeren Grenze Halt machen können.

Wir wollen eine Regierung, die einen Unterschied möglich macht und deshalb mit dem Neuen und Anderen wenigstens beginnt, auf das wir alle je auf unsere Weise setzen. Dies wird nur gelingen, wenn sich Parteien und Politiker_innen in den Dienst der Menschen und einer Idee stellen – und nicht umgekehrt die Menschen für ihre eigenen Ziele und Strategien benutzen. Wir wissen, dass die drei Parteien davon weit entfernt sind. Trotzdem: Den Versuch ist es wert. Denn nüchtern betrachtet ist r2g das Beste, was rot, grün und rot derzeit werden können.

Der Vorstand des Institut Solidarische Moderne (ISM), November 2016

Weitere Veröffentlichungen des ISM:

Johannes Angermüller/Sonja Buckel/
Margit Rodrian-Pfennig (Redaktion)



Solidarische Bildung

Crossover: Experimente selbstorganisierter
Wissensproduktion

SOLIDARISCHE BILDUNG CROSSOVER: EXPERIMENTE SELBSTORGANISierter WISSENSPRODUKTION, Johannes Angermüller / Sonja Buckel / Margit Rodrian-Pfennig (Redaktion), herausgegeben vom Institut Solidarische Moderne, VSA-Verlag, 336 Seiten, ISBN 978-3-89965-498-1.

<http://www.solidarische-moderne.de/de/article/390.solidarische-bildung.html>



SOLIDARISCHES EUROPA - MOSAIKLINKE PERSPEKTIVEN, herausgegeben vom Institut Solidarische Moderne, Sonja Buckel / Lukas Oberndorfer / Axel Troost / Andrea Ypsilanti (Redaktion), VSA-Verlag, 240 Seiten, ISBN 978-3-89965-567-4.

<http://www.solidarische-moderne.de/de/article/391.solidarisches-europa.html>

Sonja Buckel/Lukas Oberndorfer/
Axel Troost/Andrea Ypsilanti (Redaktion)



Solidarisches Europa

Mosaiklinke Perspektiven

Stephan Lessenich/Mario Neumann/
Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti (Redaktion)



Anders regieren?

Von einem Umbruch, der ansteht,
aber nicht eintritt

ANDERS REGIEREN? VON EINEM UMBRUCH, DER ANSTEHT, ABER NICHT EINTRITT, herausgegeben vom Institut Solidarische Moderne, Stephan Lessenich/ Mario Neumann/ Thomas Seibert/ Andrea Ypsilanti (Redaktion), VSA-Verlag, 304 Seiten, ISBN 978-3-89965-604-6.

<http://www.solidarische-moderne.de/de/topic/140.publikationen.html>



Werden Sie Institutsmitglied!

Unterstützen Sie die Solidarische Moderne!

Die Zeit ist reif für neue Ideen! Mit Ihrer Mitgliedschaft unterstützen Sie das Institut Solidarische Moderne in seiner Arbeit an neuen linken Politikkonzepten und einem Verständigungsprozess zwischen den Akteuren der politischen Linken.

Anders als andere Institute, die von wenigen, finanzstarken Interessengruppen getragen werden, zeichnet sich das Institut Solidarische Moderne auch durch seine Unabhängigkeit aus. Werden auch Sie jetzt Mitglied des Instituts Solidarische Moderne und damit Teil des Projekts.

Entweder schnell und einfach online:

<https://www.solidarische-moderne.de/de/topic/10.mitglied-werden.html>

Oder Sie schicken den folgenden Antrag an die unten stehende Adresse.

Ich möchte Mitglied des Instituts Solidarische Moderne e.V. werden.

Name: _____ Vorname: _____

Straße/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Tätigkeit: _____ Organisation/Funktion: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Mitgliedsbeitrag

- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag von 8,33 pro Monat, das sind 100 € im Jahr.
- Ich habe kein oder nur ein geringes Erwerbseinkommen und zahle daher den ermäßigten Mitgliedsbeitrag von 2,50 € pro Monat, das sind 30 € im Jahr.
- Ich möchte einen höheren Mitgliedsbeitrag zahlen, nämlich _____ € im Jahr.

Der Mitgliedsbeitrag wird jährlich erhoben.

Zahlungsmöglichkeiten

Wir bitten Sie um eine Einzugsermächtigung, weil dies unseren Verwaltungsaufwand erheblich verringert und uns mehr Zeit für die wirklich wichtigen Dinge verschafft.

- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Verein Institut Solidarische Moderne e.V. meinen Beitrag von folgendem Konto (nur für Konten in Deutschland) abbucht:

KontoinhaberIn: _____

IBAN: _____


BIC: _____

BLZ: _____

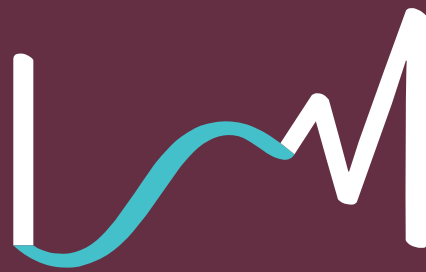
Datum/Unterschrift: _____

- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag auf folgendes Konto:

Institut Solidarische Moderne e.V.
Berliner Sparkasse
IBAN: DE76 1005 0000 6603 1790 14
BIC: BELADEBEXX



Unterstützen Sie das Projekt
gerne auch mit Ihrer
Spende.



Institut
Solidarische
Moderne



www.solidarische-moderne.de